

Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A) 7 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3606—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 60. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) i. V.: K. W. Philipp, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. - Nr 291 - B 143

DIENSTAG, 23. JUNI 1931

ABEND-AUSGABE - V

Bersteifung in Paris

Neuer Ansturm gegen Briand

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 23. JUNI

Die Erörterungen in den Regierungen und Parlamenten über den Hoover-Vorschlag haben sich jetzt, die Abreise gegen das amerikanische Projekt haben sich vertieft. Soweit sich übersehen läßt, wird das französische Kabinett sich nicht direkt gegen die Suggestion wenden, aber es wird zum Ausdruck bringen, daß nicht nur eine Neuregelung, sondern auch ein Provisorium für die Reparationen sich nicht außerhalb des Young-Plans vollziehen kann und daß deshalb die Annahme des Hoover-Memoratoriums nicht ohne jede Reserve möglich ist.

Über den Ministerrat, der im Einverständnis mit dem Vorschlag des Präsidenten der Republik, Doumer, stattfand, wird amtlich mitgeteilt: „Außenminister Briand bezieht über die Bedingungen, unter denen die französische Regierung mit diesem Vorschlag befaßt wurde. Finanzminister Fianbin und Subgeneminister Pizet sprachen über die Folgen, die die Durchführung der amerikanischen Vorschläge auf die französischen Finanzen haben würde. Die Diskussion wird im Laufe eines Ministerrats morgen vermittags fortgesetzt werden. Dabei wird auch der Text der Antwort festgelegt werden, die dem Präsidenten Hoover ausgeteilt werden soll.“

Schäfer hat auch auf den Regierungskomitee ist die Stimmung in der Kammer, und zwar, wie es scheint, ohne erhebliche Unterschiede in allen Parteien. Die meisten parlamentarischen Gruppen haben bereits Resolutionen eingebracht, um sich auf die bevorstehende Plenarsitzung vorzubereiten. Man hat sich schon gefestigt, einverstanden sind noch mehrere andere Interpellationen von der Rechten und von der Linken eingegangen, die in veränderter Form die Regierung um schlüssige Auskunft ersuchen. Die Sozialisten fragen insbesondere an, wie es sich bei dem Hoover-Vorschlag mit der Abführung verhält. Auf der Rechten vertritt sich der Druck gegen Briand, dem man zum Vorwurf macht, daß er sich nun schon zum zweitenmal — das erstmalig ist es die deutsch-amerikanische Zollunion gewesen sein — habe überzogen lassen.

Man nimmt an, daß zwar heute nachmittag die Interpellationen noch nicht direkt zur Verhandlung kommen werden, daß es aber über die Festlegung des Datums der Interpellations-Debatte heute bereits zu einer Vorberatung kommt, in die auch die Regierung einbezogen wird.

Die Stimmung im Parlament ist in den Mittelgruppen so heftig, daß man zumindest für Briand mit folgenschweren Kammerabstimmungen rechnen muß.

Wotshafter Sacketts Werk

Frederic Mosley Sackett, der Berliner Wotshafter der Vereinigten Staaten, hat in der letzten Zeit nur wenige Stunden Ruhefrüh gefunden. Er war nämlich unterbreitend anunterbreitend Verhandlungen mit den Vertretern der Reichsregierung, stand in dauernder Verbindung mit Washington. Sein Heim in der Margaretenstraße sieht er schon für eine halbe Stunde.

Echon bevor der Wotshafter die Reise nach Amerika antrat, von der er vor kurzem zurückkehrte, war er entschlossen, alles zu versuchen, um den Einbruch seiner mündlichen Berichte über die Entlohnung in Europa und nur allem in Deutschland zu veröffentlichen und für eine bestmögliche Aktion zu wirken. August kam ihm sein verheerendes Verhältnis zu dem Präsidenten Hoover, der die geschäftliche Erfahrung und das Urteilsvermögen Sacketts seit vielen Jahren kennt und schätzt. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat das Prinzip, auf die wichtigsten Außenposten Männer von wirtschaftlicher Erfahrung zu setzen, weil nach seiner Meinung in dem heutigen Stadium der Weltpolitik das Verständnis für wirtschaftliche Vorgänge wichtiger ist als eine rein politische Betätigung. Sacketts sehr genaue Beobachtungen und Angaben haben in Washington den härtesten Eindruck gemacht und ohne Zweifel entscheidend dazu beigetragen, die Aktion auszuführen, die für die Zusammenkunft so überraschend gekommen ist.

Der Senator Berenguer, der das Schuldenabkommen zwischen Frankreich und Amerika abgeschlossen hat, protestiert im „Quotidien“ gegen die „neue Überforderung des Memoratoriums“, die kurz nach der „Anschlußüberforderung“ komme.

Der tabellöse Abgeordnete Berger „abger“, wie er heißt, zur Annahme des Hoover-Vorschlags zu raten. Man müßte sich aber ernstlich fragen, ob es der Mühe wert ist, die Welt wieder ins Chaos zu führen, nur um die ungeschätzte Franke des Young-Plans zu retten, nur um einen Zahlungsanspruch aufrecht-

Der Streit um 500 Millionen

Die ungeschützte Annuität

Deutschland hat — und dies nur selbstverständlich — unmittelbar nach dem Empfang von Hoovers Vorschlag zum Ausdruck geäußert. Von den anderen Mächten liegen offizielle Erklärungen noch nicht vor. Aber Englands vorbehaltlose Zustimmung ist durch den Premierminister MacDonald bereits angedeutet. Das Einverständnis der italienischen Regierung (ohne Einschränkungen, die sich auf die Zollunion und den Anschluß Österreichs beziehen würden) hat heute oder morgen erklärt werden.

Langenscheidt herrscht nur über die Antwort Frankreichs. Niemand zweifelt, daß die französische Regierung schließlich den Vorschlag des Präsidenten der Vereinigten Staaten annehmen wird. Denn nach einer Erklärung des Staatssekretärs Simon sind Verhandlungen über Bedingungen, das heißt, über die Umgestaltung des Vorschlags Hoovers, nicht möglich. Ledebies wurde der Associated Press von „maßgebender autoritativer Stelle“ in Washington nochmals erklärt, daß der Vorschlag des Präsidenten Hoover sich auch auf die ungeschützten deutschen Reparationszahlungen bezieht, also jene Teil der Annuität, an dem Frankreich mehrfach stark interessiert ist.

Aber wenn Frankreich auch keine Bedingungen stellen wird, so ist es doch möglich, „Garantien“. Unter dem Vorbehalt des Präsidenten der Republik, Doumer, hat heute nachmittag der Kabinettstag, der über die Antwort an Washington beschließen soll. Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas glaubt aber jetzt schon zu wissen, daß der saunische Votshafter in Washington sich Staatssekretär Simon gegenüber zu dem Vorschlag des Präsidenten Hoover in dem Sinne geäußert habe, daß Frankreich die ebedimigten Gefühle hegt, die Hoovers Initiative herbeigeführt haben, und daß Frankreich bereit wäre, dem Vorschlag des Präsidenten zuzustimmen; es habe aber den

zuerhalten, der nicht einmal ein Fünftelumfang des französischen Budgets ausmache. Das Bedauerliche bei allem ist aber, fuhr Berger fort, daß Frankreich alle seine Aufgebots viel zu spät und immer nur mit dem Messer an der Seite machte, ob es sich nun um die Schulden, die Erfüllung oder die Klärung des Weltlandes handle. Sie habe Frankreich vollständig die Initiative zu ergreifen gemüht. Somit könnte es heute schon in einem geläuterten europäischen Staatenbündnis mit Deutschland in vollen Frieden leben.

Der sozialistische Abgeordnete Dubouché endlich erklärt, was Hoover fordern ist nichts anderes als ein „Memoratorium des guten Willens“. Für das französische Budget würde weiter kein Schaden entstehen, wenn man sich nur dazu entschließen könnte, den Ausfall der 2 Milliarden ungeschützter deutscher Zahlung durch entsprechende Erparnisse in den öffentlichen Ausgaben wieder einzuzugrenzen.

Das Problem einer aufmerksamen Prüfung zu unterziehen, es keine amtliche Antwort zur Kenntnis bringe. Mit internationalen finanziellen oder diplomatischen Verhandlungen vertratene Persönlichkeiten seien der Ansicht, daß eine Zustimmung Frankreichs von Garantieen begleitet sein müßte.

Daß das Memoratorium Hoovers, das nur für ein Jahr Geltung habe, den Young-Plan nicht ersetzen dürfe, und daß man die Annoncierarbeit der ungeschützten Annuitäten Deutschlands beenden müsse.

Bekanntes Finanzkreise Frankreichs saßen deshalb ins Auge, daß Deutschland für 1931-32 500 Millionen Mark oder die ungeschützte Franke in deutscher Währung habe, die Frankreich über die A. S. Z. für Darlehen an internationale Nationen zur Verfügung stelle.

Das im französischen Budget auftretende Defizit könnte durch die Ausgabe kurzfristiger Schatzscheine zum Ausgleich gebracht werden. In keinem Falle würde man zur Aufrechterhaltung neuer Steuern gezwungen. Um viele verheerenden Maßnahmen, die auf Frankreich nicht schwerer als auf England und Italien fallen werden, zu rechtfertigen, müßte man betonen, daß Frankreich (sowohl in politischer wie in sozialer Beziehung an der Wohlthat Europas besonders interessiert ist.“

Der französische Vorschlag läßt im wesentlichen darauf hinaus, daß Deutschland den ungeschützten Teil der Annuität wenigstens in der Höhe überweisen soll, in der er Frankreich zugute kommt. Auf diese Weise würde Frankreich etwas mehr als den Überfluß über seine eigene Schuldentlast an Amerika erhalten. Daß mit der Zahlung der 500 Millionen in Mark statt in Devisen letzten falls, würde für ein neues Unterdefizit ausmachen, ebensowenig wie für Paris die Unterlegung bei der Bank für Internationale Zahlungen. Denn wenn Frankreich die halbe Milliarde auch nicht unmittelbar für sein Budget erhalte, so würde es doch mit dem deutschen Gelde seinen Garantiefonds schaffen, für den es nach dem Young-Plan allein aufkommen hat, sobald nun aus der Transatlantik erklärt wird. Der französische Vorschlag steht zu dem Vortritt und der Zerschneidung der Verträge des Präsidenten Hoover in einem Gegensatz, der beachtet werden muß.

In der Weltöffentlichkeit hat heute eine interne Beratung des Reichskabinetts über die Auswirkungen des Hooverischen Vorschlags stattgefunden, die überwiegend theoretischen und informierenden Charakter hatte, weil Versailles erst möglich sein werden nach der amtlichen Antwort der französischen Regierung, die über das Schuldenverhältnis hinwegsetzt.

Optimismus in Warschau

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WARSAU, 23. JUNI

Obwohl die Antipathie des Präsidenten Hoover Polen unmittelbar nur wenig berührt — die politischen Zahlungen an Amerika aus den Reisesperrepflichtungen betragen etwa 40 Millionen Lot, also fast vier Millionen Dollar jährlich — ist die Erwartung auch hier außerordentlich hart. Zu der Wotshafter Seite liegen gestern künftige Erfolge ganz erheblich. In den am Export interessierten Wirtschaftskreisen rechnet man mit günstigen Folgen einer Konjunkturbesserung in Europa für die politische Ausfuhr.

Die offiziellen politischen Stellen halten sich bisher noch fast zurück und verweilen darauf, daß die Beseitigung eines Reparatorenmemoratoriums von Frankreich abhängt. Dagegen zollt